

Entwicklungspolitische Diskussionstage 2003

- Auszug aus der Dokumentation – Die vollständige Publikation kann beim SLE bezogen werden (Adresse unter www.berlinerseminar.de)

Vorwort

In der Woche vom 07. bis 11. April 2003 fanden die mittlerweile dritten Entwicklungspolitischen Diskussionstage statt, auch diesmal gemeinsam vom Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) und dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) organisiert. Referiert und diskutiert wurde zu den folgenden, weitgehend hochaktuellen Themen:

- Drogenbekämpfung und Alternative Entwicklung
- Auswirkungen des 11.09.2001 auf die Entwicklungszusammenarbeit
- Mainstreaming HIV / AIDS in der Entwicklungszusammenarbeit
- Krisenprävention und Konfliktbearbeitung – eine Zwischenbilanz

Die gut besuchten Veranstaltungen boten eine hervorragende Gelegenheit für den Austausch zwischen Wissenschaft und entwicklungspolitischer Praxis. Die ReferentInnen aus unterschiedlichen Organisationen und Fachrichtungen, wie auch die zahlreichen Publikumsfragen gaben viele Anstöße zu weiterführenden Debatten. In diesem Heft, gedacht nicht nur als kleiner Dank an die Vortragenden, sondern auch als Informationsmöglichkeit für eine breite Fachöffentlichkeit, sind die Referentenbeiträge dokumentiert und durch kurze thematische Einführungen sowie Zusammenfassungen der Diskussion umrahmt.

TeilnehmerInnen des 41. Lehrgangs des SLE haben, zum Teil gemeinsam mit Stipendiaten des Studienwerks, die Diskussionstage vorbereitet und moderiert. Die Veranstaltung ist ein fester Bestandteil des Ausbildungsprogramms am SLE. Die HBS stellte den logistischen und finanziellen Rahmen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen ReferentInnen wie auch bei allen, die für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung gesorgt haben.

Dr. Karin Fiege

Seminar für Ländliche
Entwicklung (SLE)

Kerstin Kippenhan

Studienwerk der Heinrich-
Böll-Stiftung

Krisenprävention und Konfliktbearbeitung – eine Zwischenbilanz

Einführung

Das Bild, das die Welt der Öffentlichkeit zum Jahrtausendwechsel geboten hat, war und ist nach wie vor von einem unvorstellbaren Ausmaß an Gewalt geprägt. Bürgerkriege, Vertreibungen und Genozide ethnischer Minderheiten sind keine Einzelfälle, sondern gehören für viele Menschen und an vielen Orten zum Alltagsgeschehen.

Seit Mitte der 90er Jahre ist das Thema gewaltsamer Konflikte daher zunehmend zum Diskussionsgegenstand der Entwicklungszusammenarbeit geworden und es bleibt bis heute hochaktuell – zumal vor dem Hintergrund, dass auch von Seiten der Bundesregierung das Signal ausgeht, Konfliktbearbeitung und Krisenprävention seien als wesentlich und prioritär in ihrer Politik zu verstehen.

Um Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul zu zitieren: „Für die internationale Politik der Bundesregierung ist die Verhinderung und Bewältigung gewaltsamer Konflikte ein zentrales Ziel. Die Entwicklungspolitik gehört zusammen mit der Außen- und Sicherheitspolitik zum Kernbereich der Friedenspolitik der Bundesregierung.“ Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes sieht die Ministerin für die Entwicklungspolitik vor allem zwei Aufgaben:

- den Abbau struktureller Ursachen gewalttätiger Konflikte durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse in den Partnerländern;
- den Aufbau von Mechanismen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung.

Im Zusammenhang mit der zweitgenannten Aufgabe ist auch die institutionelle Verankerung des Zivilen Friedensdienstes im Jahre 1999 zu betrachten. Als Gemeinschaftswerk von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren stellt der Zivile Friedensdienst ein Instrument der zivilen Konfliktbearbeitung innerhalb der bestehenden Entwicklungszusammenarbeit dar und soll der Gewaltvermeidung und Friedensförderung dienen. Bislang wurden etwa 140 Personalentsendungen und ein Budget von 40 Mio. Euro für den Zivilen Friedensdienst bewilligt.

Im Jahr 2001 ließ das BMZ die Aufbauphase des Zivilen Friedensdienstes evaluieren, dessen Abschlussbericht im Mai 2002 vorgelegt wurde. Es war unter anderem diese Evaluierung, die den Anlass dafür gab, sich während der entwicklungspolitischen Diskussionstage 2003 einer kritischen Zwischenbilanz der Thematik Konfliktbearbeitung und Krisenprävention zu widmen.

In dieser Zwischenbilanz sollen auch die Chancen und Grenzen der Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikbereichen diskutiert werden. Wie bereits in dem Zitat von Frau Wieczorek-Zeul erwähnt, soll der Bereich der Konfliktbearbeitung eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche darstellen und es soll eine enge Ver

knüpfung aller Ministerien stattfinden. Für unseren Fall ist vor allem die Kohärenz zwischen der Arbeit des BMZ und des Auswärtigen Amtes von besonderem Interesse.

Des Weiteren soll die derzeitige Diskussion um die Entwicklung und Bewertung verschiedener Ansätze konfliktensensitiven Vorgehens sowie deren Wirkungsbeobachtung innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit allgemein angesprochen werden. Denn dass Entwicklungszusammenarbeit nicht per se krisenpräventiv ist, das ist spätestens durch die Grundregel „Do no harm“ nach einer Studie von Mary Anderson thematisiert worden. Das heißt, dass Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sich auch negativ auf Konfliktdynamiken und Prozesse der Friedenssicherung auswirken können.

Mit dem derzeit stark diskutierten Evaluierungsinstrument „Peace and Conflict Impact Assessment“ sollen alle in diesem Kontext bedeutenden Wirkungen von Entwicklungsprojekten und -programmen – beabsichtigte und unbeabsichtigte Wirkungen – erfasst werden. Die Bemühungen zielen hier auf eine Art „*mainstreaming peacebuilding*“.

Der Zivile Friedensdienst

Von Lothar Rast, Deutscher Entwicklungsdienst (DED)

1. Vier Jahre Ziviler Friedensdienst: der gegenwärtige Stand

Die rot-grüne Koalition hatte im Oktober 1998 in ihrem Koalitionsvertrag die staatliche Förderung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) beschlossen. Mit der Verabschiedung des „Rahmenkonzeptes Ziviler Friedensdienst“ (bmz spezial 006/99) zwischen dem federführenden Ministerium, dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Auswärtigen Amt und den acht Trägern des Zivilen Friedensdienstes im August 1999 war der konzeptionelle Rahmen für dieses Programm definiert: Der ZFD ist ein Instrument der Personellen Zusammenarbeit (PZ) in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), in dem Friedensfachkräfte für eine begrenzte Zeit (meist 3-5 Jahre) auf Anfrage lokaler Partnerorganisationen auf der Basis des Entwicklungshelfer-Gesetzes Projekte in Asien, Lateinamerika, Afrika und auf dem Balkan unterstützen, die der Überwindung der Ursachen von Gewalt und Hass dienen. Der ZFD verfolgt seit September 1999, als die ersten Projekte vom BMZ bewilligt worden waren, das Ziel, durch personelle Unterstützung der Partnerorganisationen einen Beitrag zum Abbau struktureller Konfliktursachen und zum Aufbau bzw. Stärkung von Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu leisten.

Neben den sechs anerkannten Entsendediensten (AGEH, CFI, DED, EED-DÜ, Eirene, Weltfriedensdienst) sind zwei Friedensorganisationen (Forumzfd und AGDF) im Zivilen Friedensdienst antragsberechtigt. Das BMZ entscheidet im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt und in regelmäßiger Rücksprache mit den ZFD-Trägern über die Anträge. Bis dato (1.4.2003) sind über 130 Friedensfachkräfte in über 30 Ländern im Einsatz und ca. 43 Mio. Euro bewilligt worden. Regionale Schwerpunkte sind Afrika, Lateinamerika und der Balkan. Die derzeitige Bundesregierung will den ZFD in den nächsten Jahren weiter ausbauen.

Der DED entsendet derzeit etwa 50 Friedensfachkräfte in zwölf Länder (Bolivien, Chile, Ekuador, Guatemala, Kambodscha, Niger, Peru, Ruanda, Simbabwe, Sudan, Tschad, Uganda); die größten ZFD-Projekte des DED sind in Kambodscha, Peru, Ruanda und Guatemala. Diese regionalen Schwerpunkte will der DED weiter ausbauen und um ein größeres Engagement in Afghanistan und Palästina (vorbehaltlich der Bewilligung durch den Zuwendungsgeber) erweitern.

2. Erfahrungen mit dem Instrument Ziviler Friedensdienst

Mit dem Zivilen Friedensdienst wurde die Bearbeitung von Konflikten, die häufig in der Vergangenheit die Rahmenbedingungen und Ergebnisse der EZ stark beeinflusst hatten, verstärkt Gegenstand der EZ im allgemeinen und der Personellen Zusammenarbeit im besonderen. Themen wie etwa Landkonflikte oder Schlichtungskomitees in Ressourcenkonflikten hatten nun einen Rahmen innerhalb der Personellen Zu

sammenarbeit, in dem sie bearbeitet werden konnten. Gleichzeitig wirkte der ZFD als Katalysator für Fragen der Betreuung (z.B. zur Supervision) und der Analyse von Friedens- und Konfliktpotenzialen in der gesamten PZ. Damit kann der Zivile Friedensdienst als eine klare Bereicherung der Entwicklungszusammenarbeit bewertet werden. Ein weiterer Ausbau dieses Instrumentes ist daher sehr wünschenswert.

Die bisherigen Erfahrungen weisen auf Möglichkeiten der Optimierung oder der Bestätigung bisheriger Praktiken im Zivilen Friedensdienst hin. Trotz der Kürze der Laufzeit des Programmes liegen bereits erste Erfahrungsberichte vor: Bereits nach einem Jahr veranstaltete der DED eine Diskussionsrunde über die ersten Erfahrungen mit dem ZFD seitens der Friedensfachkräfte, der Entsendeorganisationen und der beteiligten Ministerien (DED 2000). Die vom BMZ in Auftrag gegebene Evaluierung der Aufbauphase des ZFD, die zwischen Mai 2001 und Juni 2002 durchgeführt worden ist, hat ebenfalls Empfehlungen bezüglich der Weiterentwicklung und Optimierung des Instrumentes ausgesprochen.¹ Beide Dokumente geben Einblicke in die bisherigen Erfahrungen mit dem Instrument ZFD. Viele der Beobachtungen der Gutachter des BMZ-Gutachtens decken sich mit Erfahrungen des DED. Dazu gehören folgende Empfehlungen:

Große Flexibilität bei der Projektumsetzung notwendig

Die Partnerorganisationen des ZFD arbeiten häufig in politisch sensiblen Kontexten, die Schwankungen unterliegen, die weder vorherseh- noch planbar sind. Solche Entwicklungen können z.B. sein, dass eine Partnerorganisation oder eine Zielgruppe, die ein Friedenspotenzial darstellte, zu einem konfliktverschärfenden Akteur wird oder dass die Zusammenarbeit mit bestimmten Zielgruppen gefährlich wird. Die (unter anderem auch finanzadministrativen) Vorgaben des Programmes müssen daher ein hohes Maß an Flexibilität aufweisen, um auf solche Entwicklungen schnell reagieren zu können. Im Zivilen Friedensdienst ist einerseits eine gründliche Prüfung der Projektanträge und Partnerorganisationen notwendig (worauf das BMZ-Gutachten mehrmals hinweist), andererseits ist die Haltbarkeit und die Aussagekraft dieser Prüfung zeitlich begrenzt. Daher muß der ZFD in die Lage versetzt werden, schnell und flexibel auf Entwicklungen in seinen Projekten reagieren zu können.

Enges Monitoring von ZFD-Maßnahmen notwendig

Gerade wegen der politischen Sensibilität von ZFD-Projekten gewinnt das Monitoring der Projekte eine große Bedeutung. Gleichzeitig muss man einen gewissen Prozesscharakter der Projektarbeit konstatieren und zulassen. Aber die im vorherigen Punkt erwähnte Flexibilität in der Projektarbeit widerspricht nicht dem Anspruch eines engen Monitorings im ZFD: Gerade in ZFD-Projekten ist ein reflektiver Umgang mit intendierten und nicht-intendierten Wirkungen, aber auch eine kontinuierliche Überprüfung, ob Maßnahmen, Ziele und Ergebnisse noch in einem stringenten Zusam

1 Die Evaluierung des ZFD bezieht sich einzig auf Aufbauphase und nicht auf eine Wirkungsanalyse. Der Synthesebericht der Evaluierung ist auf der Website des BMZ abrufbar.

menhang stehen und definierte Indikatoren erreicht werden, wichtig. Während die Monitoring-Systeme im ZFD nicht starr an der Umsetzung einmal vereinbarter Maßnahmen, Ziele und Ergebnisse festhalten können, so müssen sie doch eine reflektierte Herangehensweise der Friedensfachkräfte sicher stellen (der gute Wille allein reicht auch – oder sollte man sagen: gerade – in friedensfördernden Projekten nicht). Dafür sind Projektfortschrittsberichte, die häufiger als der oft jährliche Bericht der Entwicklungshelfer/-innen verfasst werden muss, ein geeignetes Mittel, die der DED seit 2002 einsetzt.

Kohärenz und Vernetzung mit Initiativen auf anderen Ebenen („Tracks“) wichtig

Der Zivile Friedensdienst wirkt auf lokaler Ebene auf Gewaltkonflikte, die stark von Rahmenbedingungen beeinflusst werden, auf die der ZFD wiederum keinen Einfluss hat. Auf diese Schwierigkeit hat die Evaluierung ausführlich hingewiesen. Diese Tatsache ist eine allgemeine in der EZ, hat aber im Zivilen Friedensdienst noch mal eine erhöhte Dringlichkeit: Ohne eine Vernetzung zwischen Friedensinitiativen, zwischen den Friedensprojekten des ZFD und „klassischen“ EZ-Projekten einerseits und ohne Kooperation mit Organisationen, die einen Einfluss auf diese Rahmenbedingungen haben können (z.B. UNDP, GTZ, Weltbank) andererseits bleibt die Wirksamkeit von ZFD-Projekten begrenzt, ja wird nicht selten auf anderer Ebene konterkariert. Des weiteren muss diese Vernetzung auch zu anderen Politikbereichen gesucht werden. Der DED hat sein ZFD-Engagement in sein Landesprogramm integriert und bemüht sich aktiv um Kooperation z.B. mit GTZ, UNDP oder der Weltbank.

Friedensfachkräfte brauchen eine adäquate und ausreichende Vorbereitung auf ihre Einsätze

In der Personellen Zusammenarbeit sind die entsandten Fachkräfte Hauptgegenstand bzw. „Produkt“ ihrer Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb sind die Vorbereitungszeiten für Entwicklungshelfer und Friedensfachkräften länger als bei ausreisenden Mitarbeitern anderer EZ-Organisationen. Aufgrund der Bedeutung der Vorbereitung empfiehlt das Gutachten, an einer Vorbereitung für Friedensfachkräfte, die u.U. sogar über den Zeitraum von Entwicklungshelfern liegen könnte, festzuhalten. Diese Empfehlungen führen tendenziell zu längeren Vorlaufzeiten, bis tatsächlich Projektpartner vor Ort personell unterstützt werden können. Um einerseits an dem Standard einer guten und gründlichen Vorbereitung festhalten zu können und um andererseits schnell, flexibel und qualifiziert auf Anfragen von Partnerorganisationen durch den ZFD reagieren zu können, wird die Einrichtung eines Personalpools eine wichtige zukünftige Aufgabe im ZFD sein. Beim Aufbau dieses Pools wird die zunehmende Zahl von Rückkehrenden aus ZFD-Projekten eine wichtige Rolle spielen.

Adäquate Betreuung und Begleitung der Friedensfachkräfte vor Ort

Friedensfachkräfte arbeiten oft in spannungsreichen Regionen und haben es mit stark emotionalisierten Zielgruppen zu tun. Da die ZFD-Projekte der Prävention oder Minderung von Gewalt dienen sollen, ist daher die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass Friedensfachkräfte mit Gewalt und Gewalterfahrung zu tun haben werden. Ob

wohl solche Konditionen auch in anderen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit auftreten können (z.B. im Rahmen der AIDS-Prävention oder in Partnerländern mit hoher Kriminalitätsrate), sind diese im Zivilen Friedensdienst die Regel. Daher sollten sich Entsendeorganisationen zusammen mit den Partnerorganisationen um eine adäquate Unterstützung und Betreuung bemühen. Präventive und begleitende Instrumente wie Supervision oder gemeinsame Fachseminare spielen hier eine wichtige Rolle, ebenso das Debriefing und die Nachbetreuung.

Darüber hinaus schälen sich in den ZFD-Projekten des DED folgende Erfahrungen heraus, die der DED bei der zukünftigen Arbeit berücksichtigen will:

Keine nachhaltige Konfliktbearbeitung ohne eine (oft langfristige) Strategie der Einbindung des staatlichen Sektors in den Partnerländern

Eine wichtige und wünschenswerte Bedingung für eine nachhaltige Bearbeitung von Konflikten (z.B. von Landkonflikten) ist die Einbindung der staatlichen Stellen im Partnerland. Das bedeutet nicht, dass der ZFD vorwiegend oder ausschließlich mit staatlichen Stellen zusammen arbeiten muss oder soll. Aber die Erfahrung ist, dass sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene zur nachhaltigen Bearbeitung eines Konfliktes staatliche Stellen und Behörden mit eingebunden werden müssen. In einigen Fällen (wie in den ZFD-Projekten in Simbabwe und Guatemala) ist dies zu bestimmten Zeitpunkten nicht möglich. In solchen Fällen ist eine Unterstützung nicht-staatlicher Organisationen eine sinnvolle, temporäre Strategie, um Machtungleichgewichte auszubalancieren. Aber die Strategie, über eine alleinige Stärkung der Zivilgesellschaft gesellschaftlich-politische Konflikte regeln zu wollen, hat sich oft als unzureichend erwiesen. Obwohl die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen im Bereich der Konfliktbearbeitung nicht selten mühseliger, schwieriger und langsamer als mit NRO sein kann, sollte sie ein integraler Bestandteil von ZFD-Maßnahmen sein, sofern dazu der politische Wille und der geeignete staatliche Counterpart vorhanden ist.

Das gilt auch und gerade für den Sicherheitssektor (Justiz, Polizei, Militär) der Partnerländer. Zu lange hat es die EZ versäumt, diesen – zugegebenermaßen schwierigen – Bereich in die Projektarbeit mit einzubeziehen. Aber der Sicherheitssektor ist in vielen Ländern eine der Ursachen für fortgesetzte Gewaltkonflikte, oft auch ein wichtiger Bestandteil einer möglichen Bearbeitung dieser Konflikte. In diesem Sinne unterstützt der DED ZFD-Projekte mit Ombudsleuten in Lateinamerika oder eine NRO in Kambodscha, die zur Eindämmung von Kleinwaffen beitragen will. Ohne Einbeziehung der Polizei, Justiz oder des Militärs in solche Projekte wird man die erhofften Projektziele jedoch nicht erreichen können.

3. Abgrenzung zwischen ZFD und anderen Maßnahmen der PZ

Eine häufig gestellte Frage im Zusammenhang mit dem Zivilen Friedensdienst ist die der Abgrenzung: Was ist das Charakteristikum von ZFD-Maßnahmen, worin unterscheiden sie sich von anderen Maßnahmen der Friedensförderung oder von Maß

nahmen der „klassischen“ PZ? Die oben erwähnte Evaluierung stellte ebenfalls die Wichtigkeit solcher Unterscheidungskriterien heraus, ohne jedoch die inhaltlichen Kriterien vorweg zu nehmen.

Die Antwort auf diese Frage ist mehrschichtig. Keinesfalls lässt sich diese Frage allein – oder gar: vorrangig – von der erhofften Wirkung her definieren.² Vielmehr ergibt sich das Spezifikum des ZFD aus der Zusammenschau von drei Aspekten:

Projektziele: Laut Rahmenkonzept soll der ZFD einerseits einen Beitrag zur Bearbeitung struktureller Konfliktursachen leisten, andererseits soll der Aufbau von Mechanismen gewaltfreier Konfliktbearbeitung unterstützt werden. Diese Unterziele sind nicht spezifisch für den Zivilen Friedensdienst, sondern treffen auf alle EZ-Maßnahmen zu, die einen aktiven Beitrag zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung leisten sollen. Ein weiteres Projektziel von ZFD-Maßnahmen ist es, das Verhältnis zwischen den Konfliktparteien von einer eher konfrontativen und durch Gewalt geprägten Verhältnisses zu einem gewaltärmeren bzw. mehr kooperativen Verhältnis zu verändern und zur Bearbeitung bestimmter gesellschaftlich-politischer Konflikte beizutragen. Damit sind die Bearbeitung des Konfliktes und das Verhältnis zwischen den Konfliktparteien Grundlagen für Indikatoren für die Bewertung von Projekterfolgen. ZFD-Projekte wollen eher unmittelbar auf die Austragungsform des Konfliktes und damit auf das Verhältnis zwischen den Konfliktparteien einwirken. Das unterscheidet sie von krisenpräventiv ausgerichteten EZ-Maßnahmen, die eher mittelbar einen Beitrag zur Gewaltprävention leisten.

Handlungsfelder: Der Zivile Friedensdienst will einen aktiven Beitrag zur Überwindung der Ursachen von Hass und Gewalt leisten. Damit arbeitet er direkt an der Dynamik gewaltsamer Konflikte und an Faktoren, die zur Verstetigung der Gewalt beitragen. Der DED hat dafür den Begriff der „aktiven Friedensförderung“ geprägt (DED 2002) (die britische NRO Responding to Conflict spricht von „Working on Conflict“). Zur aktiven Friedensförderung gehören nach Erfahrung des DED bestimmte Bereiche, die er als Kernbereiche der aktiven Friedensförderung identifiziert. Diese Bereiche spielen erfahrungsgemäß eine wichtige Rolle bei der Austragung gesellschaftlich-politischer Konflikte. Dazu gehören Bereiche wie die Rechtssicherheit, der Bildungs- und Informationsbereich, aber auch die Stärkung lokaler Strukturen gewaltfreier Konfliktbearbeitung (siehe dazu auch WILHELM 2000, zur Illustration der derzeitigen Arbeit des DED in diesen neuen Handlungsfeldern: DED 2003). Je nach Partnerland können unterschiedliche Handlungsfelder dieses Kernbereiches relevant sein.

² In diesem Zusammenhang ist die von Collaborative for Development Action (CDA) durchgeführte Studie „Reflecting on Peace Practices“ hilfreich, die unter anderem den Versuch unternimmt, Kriterien für ein gutes Projekt der Friedensförderung aufzustellen. Die Ergebnisse der Studie können unter der Website von CDA abgerufen werden (www.cdainc.com). Die Studie soll auch bald veröffentlicht werden.

Analyse der Friedens- und Konfliktpotenziale: Trotz des Erfahrungswertes, der den obengenannten Bereichen eine wichtige Rolle in der gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten zuschreibt, muss eindringlich vor Blaupausen oder simplen Wirkungshypothesen gewarnt werden. Denn jeder gezielte Einsatz von ZFD-Massnahmen und anderer EZ-Instrumente (als flankierende Maßnahmen) setzt die konkrete Analyse der Friedenspotenziale (die gezielt gefördert werden sollen) und die Konfliktpotenziale (die zumindest nicht gestärkt werden sollen) voraus. Gute Analysen der Friedens- und Konfliktpotenziale sollten sich dadurch auszeichnen, dass sie konkrete (positive) Ansatzpunkte aufweisen und eine klare landesspezifische Ausprägung erkennen lassen.

Diese drei Aspekte (Projektziele, Handlungsfelder, Analyse der Friedens- und Konfliktpotenziale) stehen in einem Zusammenhang. Ohne die Kenntnisse der konkreten Friedens- und Konfliktpotenziale gibt es keine Definition von Projektzielen und keine gezielte Auswahl von Handlungsfeldern. Damit fällt je nach Analyse die Abgrenzung bzw. das Verhältnis zwischen ZFD-Massnahmen und anderen PZ- bzw. EZ-Massnahmen unterschiedlich aus. Erst alle drei Aspekte zusammen ergeben eine Aussage zur konkreten Abgrenzung des Zivilen Friedensdienstes zu anderen PZ-Massnahmen. Eine Reduktion auf eine der drei Aspekte wäre allerdings verkürzt.

Von den Projekten der aktiven Friedensförderung sind Projekte zu unterscheiden, die zwar im Umfeld von Konflikten durchgeführt werden, die aber nicht den Anspruch erheben, einen (über Projektziele und Indikatoren definierten) aktiven Beitrag zur Konfliktbearbeitung zu leisten. Diese Projekte dienen jedoch der passiven Friedensförderung, wenn sie durch konfliktsensitive Projektplanung, -umsetzung und -monitoring eine ungewollt Gewalt reproduzierende oder Gewalt verschärfende Wirkung vermeiden (Responding to Conflict spricht hier von „Working in conflict“). Dieser Anspruch der passiven Friedensförderung sollte jedoch (als neuer Mindeststandard) für alle EZ- und PZ-Projekte gelten. Dieser ist ein Querschnittsanspruch – im Gegensatz zur landesspezifischen aktiven Friedensförderung –, der vor allem durch Mary B. Andersons Do-no-harm-Ansatz an Bedeutung in der EZ gewonnen hat.

Friedensförderung und Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) des DED: Handlungsfelder		
Passive Friedensförderung	Aktive Friedensförderung / Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB)	
	Kernbereich	Flankierender Bereich
Vermeidung der Gewalteskalation bei Konflikten durch vom DED unterstützte Projekte (Do-no-harm-Anspruch)	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtstaatlichkeit • Soziale Reintegration und Rehabilitation • Stärkung lokal angepasster Mechanismen und von Organisationen ZKB • Friedenspädagogik • Zusammenarbeit mit Informations- und Kommunikationssystemen • Methoden und Grundkenntnisse ZKB 	<p><u>Beispiele:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung beschäftigungsorientierter, einkommenschaffender Maßnahmen • Berufliche Aus- und Weiterbildung • Organisationsentwicklung

Fazit: Die Antwort auf die Frage der Abgrenzung zwischen ZFD-Maßnahmen einerseits und klassischen / anderen Maßnahmen der Personellen Zusammenarbeit andererseits beinhaltet drei verschiedene Ebenen: Erstens, die Ebene der passiven Friedensförderung, die als Mindeststandard sowohl ZFD- als auch alle anderen PZ-Maßnahmen erreichen sollten; zweitens, die Ebene der aktiven Friedensförderung, die sich aus Kernbereichen und flankierenden Bereichen zusammen setzt. Die konkrete Zusammensetzung und Auswahl an Handlungsfelder wird durch eine Analyse der Friedens- und Konfliktpotenziale bestimmt; drittens, gibt es einen Kernbereich, der erfahrungsgemäß eine wichtige Rolle in der Bearbeitungsform von gesellschaftlich-politischen Konflikten einnimmt. In diesem Bereich sind beim DED die ZFD-Maßnahmen angesiedelt. Das Schaubild auf der vorigen Seite verdeutlicht diese drei Ebenen.

4. Mainstreaming Do no harm / Konfliktsensitive Programmarbeit im DED

Der Deutsche Entwicklungsdienst hat 2002 Konfliktsensitivität als neue Querschnittsaufgabe neben Gender, partizipative Methoden und AIDS-Prävention (in Ländern mit hoher AIDS-Rate) in die von ihm unterstützten Projekte definiert. Der DED nimmt daher neben anderen deutschen Hilfs- und EZ-Organisationen am sogenannten Mainstreaming-Do-no-harm (DNH)-Prozess teil. Dieser auch vom BMZ finanziell unterstützte Prozess dient der Verankerung konfliktensensitiver Projektplanung, -monitoring und -evaluierung in den Zentralen der Organisationen und war 2002 von Collaborative for Development Action begleitet worden. Da dieser Mainstreaming-

Prozess noch andauert, kann der derzeitige Stand der Verankerung der Querschnittsaufgabe Konfliktsensitivität im DED nur ein Zwischenbericht sein.

Die zwei wichtigsten Instrumente der Verankerung des DNH-Ansatzes im DED sind gegenwärtig die Vorbereitung der Entwicklungshelfer und Koordinatoren des DED einerseits sowie die Fortbildung für Partnerorganisationen und DED-Angehörige vor Ort andererseits. In dem gegenwärtig überarbeiteten Berichtswesen für die Entwicklungshelfer und -helferinnen wird ebenfalls die Auswirkung auf eventuell vorhandene Konflikte abgefragt. Zukünftig soll der Dialog mit den Partnerorganisationen zu dieser Querschnittsaufgabe noch verstärkt werden. Darüber hinaus sollen sogenannte „Querschnittsberater/-innen Do-no-harm“ (Arbeitstitel) eingesetzt werden, welche die DED-Büros, Partnerorganisationen des DED, aber auch andere EZ-Organisation bei der Umsetzung der konfliktsensitiven Projektarbeit begleiten sollen. Diese Querschnittsberater sollen komplementär zu punktuellen Seminaren und Einführungen zum Do-no-harm-Ansatz voraussichtlich ab 2004 zum Einsatz kommen. Querschnittsberater/-innen sind erprobte Instrumente in den anderen genannten Querschnittsthemen des DED.

5. Fazit

Der eigentliche Lackmus-Test, ob der Zivile Friedensdienst die beabsichtigten Projektziele und Wirkungen erreicht, steht dem ZFD noch bevor. Aber zumindest zwei Voraussetzungen werden immer deutlicher, damit es zur beabsichtigten Wirkung kommen kann:

1. Friedensfördernde Projektitis keine Option: Friedensförderung und zivile Konfliktbearbeitung in der EZ haben nur dann eine Chance auf Wirksamkeit, wenn die entsprechenden Akteure und Handlungsfelder zielführend vernetzt sind. Was für die EZ im allgemeinen gilt, gilt für die Friedensförderung ganz besonders. Diese Erkenntnis hat die Evaluierung der Aufbauphase des ZFD immer wieder – zu Recht – betont.

2. Am Anfang eines jeden friedensfördernden Projektes sollte eine Analyse der Friedens- und Konfliktpotenziale stehen: Ohne Kenntnis der konkreten Potenziale können die Instrumente der EZ und des ZFD nicht gezielt eingesetzt werden. Vor allem die Friedenspotenziale müssen immer gleichbedeutend mit Konfliktpotenzialen analysiert werden. Eine „Konfliktanalyse“, die sich auf eine (meist ungleiche) Verteilung von Ressourcen reduziert, stellt keinesfalls eine ausreichende Grundlage dar. Sie sagt oft nichts über die Konfliktodynamik (die häufig von den ursprünglichen Konfliktursachen weg führt und andere Interventionen bedingt), behandelt häufig kollektive Akteure wie Regierungen, ethnische Gruppierungen, Warlords, Zivilgesellschaft ohne ausreichende interne Differenzierung nach Konflikt- und Friedenspotenzialen und schweigt vor allem darüber, was konkret gefördert werden soll. Hinter vielen dieser Analysen stehen häufig einfache Wirkungshypothesen, die nicht weiter hinterfragt oder gar im konkreten Fall analysiert worden sind. Daher sollte eine solche „Kon

fliktanalyse“ nicht mit einer differenzierten Analyse der Friedens- und Konfliktpotenziale verwechselt werden.

Abschließend sollte nochmals betont werden, wie wichtig und richtig die Einbettung des Zivilen Friedensdienstes in die Entwicklungszusammenarbeit war: Ohne die etablierten Instrumente der EZ würden die ZFD-Maßnahmen kaum eine Chance auf Wirksamkeit haben. Auch konnte der ZFD bei seiner Einführung auf erprobte Verfahren der Personellen Zusammenarbeit zurück greifen. Gleichzeitig hat der Zivile Friedensdienst, wie eingangs erwähnt, zu einer Bereicherung des EZ-Instrumentariums geführt und wichtige Impulse bei der Ausrichtung der gesamten EZ auf Krisenprävention und Friedensförderung gegeben – und er wird dies sicherlich auch in Zukunft tun.

Ziviler Friedensdienst – Positionen und Erfahrungen des Weltfriedensdienst e.V. (WFD)

Von Siegfried Schröder, Weltfriedensdienst

Der Weltfriedensdienst e. V. (WFD) wurde 1959 als eine Organisation gegründet, die sich nach der Zeit der faschistischen Barbarei, nach Krieg und Vertreibung, nach Mord und Traumatisierung, denen so viele Menschen zum Opfer fielen, für Versöhnung, Wiederaufbau und Völkerverständigung einsetzte.

Was mit Aufbauarbeit in vom Faschismus zerstörten Ländern Europas begann, setzte sich in Projekten zum Aufbau postkolonialer Gesellschaften vor allem im westlichen und südlichen Afrika fort. Die Stärkung gewaltfreier Formen der Konfliktbearbeitung in Gesellschaften, die von Hass und Gewalt – oft bedingt durch koloniale Erblasten – zerrissen sind, ist dem WFD ein wichtiges Anliegen und inzwischen ein zentraler Bereich der Projektzusammenarbeit mit Partnerorganisationen im Süden. Von Anfang an hat sich deshalb der WFD an der Umsetzung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) beteiligt, einem entwicklungspolitischen Instrument, das erst 1999 von der ersten rot-grünen Bundesregierung begründet worden ist. Doch bereits vor dieser Zeit hat der WFD als Mitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), einem Dachverband hauptsächlich der evangelischen Kirche nahestehender Friedensorganisationen, durch Lobbyarbeit dazu beigetragen, dem ZFD als basisorientierte Methode in der internationalen Zusammenarbeit Gehör zu verschaffen. 1998 wurde dann die Einführung des ZFD auch wirklich Teil der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und den Grünen. Der WFD ist heute sehr froh, dass es mit der Etablierung des ZFD auch gelungen ist, vielen originären Friedensorganisationen die Nutzung dieses Instruments zu ermöglichen. Damit sind nun Organisationen beim ZFD vertreten, deren Gründungsimpuls in der Friedensbewegung der 70er und 80er Jahre zu finden ist, oder, wie im Fall des WFD, Organisationen der sog. ersten Friedensbewegung nach dem zweiten Weltkrieg, der es darum ging, zivilen Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der jungen Bundesrepublik und gegen die Zulassung von Atomwaffen auf deutschem Boden zu organisieren.

Die Beteiligung ist dadurch abgesichert, dass neben den sechs klassischen Entwicklungsdiensten (die auf der Grundlage des Entwicklungshelfergesetzes Fachkräfte vermitteln dürfen) auch die AGDF und das Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD), ein weiterer Dachverband von Friedensgruppen, Zugang zu den ZFD-Projektfinanzierungen des BMZ haben. AGDF und forumZFD waren auch, bei Unterstützung durch andere Organisationen, lange gemeinsam zuständig für das wohl wichtigste deutsche Qualifikationsangebot im Bereich des ZFD: die viermonatige Ausbildung der AG Qualifizierung (vormals: Modellvorhaben NRW).

Der WFD ist neben der Durchführung konkreter ZFD-Projekte (zu entsprechenden Erfahrungen: siehe weiter unten) aber auch sehr interessiert an der Konsolidierung

und Weiterentwicklung des Instruments an sich, sowie an der „Popularisierung“ der dahinter stehenden Grundüberzeugungen, dass nämlich Investitionen in den Frieden und die Gewaltfreiheit – und damit auch in eine Vielzahl von Instrumenten konstruktiver Konfliktbearbeitung – kaum hoch genug veranschlagt sein können. Geht es nun dabei ganz profan um die finanzielle Ausstattung des ZFD-Etats (wenn auch wohlfeil, darf in Zeiten der leeren öffentlichen Kassen der Hinweis auf das gefräßige Riesenmaul des Militärs, seiner laufenden Kosten, seiner Beschaffungen und des dahinter stehenden immensen, öffentlich geförderten Forschungsaufwandes nicht fehlen), oder sei es die wichtige Unterstützung der Kriegsursachen-, der Friedens- und Konfliktforschung, sei es die Ausbildung und Vorbereitung der Friedensfachkräfte (FFK), oder sei es die Beeinflussung von Meinungsführern in Politik, Medien und Kultur. Aus diesem Grunde versucht der WFD – soweit es die zugegebenermaßen begrenzten Ressourcen zulassen – neben seiner Projektarbeit im Süden auch in seiner Lobby-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit innerhalb der Bundesrepublik entsprechend Einfluss zu nehmen. Die Mitarbeit im Konsortium ZFD, in der AGDF, die Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Friedens-Entwicklung, der Austausch mit der Berghof-Stiftung und anderen Friedensforschungsinstituten sowie die Beteiligung an Veranstaltungen, Konferenzen und Kampagnen (bspw. „ZFD 500“ vor der letzten Bundestagswahl) dienen diesem Zweck.

Besonders mit Hilfe von mehrjährigen Inlandsprojekte versucht der WFD zudem, mit eigenen Initiativen Einfluss auf die öffentliche Meinung hier zu Lande zu nehmen. Aktuell wird bspw. in dem Projekt „Peace Communication“ vielen Friedensinitiativen aus dem Süden und aus Palästina / Israel die Möglichkeit geboten, ihre Ansätze der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in Deutschland und anderen europäischen Ländern bekannt zu machen, nicht zuletzt, um das negative Image dieser Regionen als „naturwüchsigen“ Krisen- und Kriegsgebieten zu korrigieren. Nähere Informationen zu diesem Projekt unter: www.peacecom.de.

Bevor man sich nun mit konkreten Themenkomplexen im Zusammenhang der Durchführung von ZFD-Projekten befassen kann, muss doch noch einmal der Bogen etwas weiter gespannt werden, weil sonst die Gefahr besteht, den ZFD nicht als das wahrzunehmen, was er höchstens sein kann: nämlich nur ein ganz kleines Mosaiksteinchen auf dem Weg zum Frieden.

Gestaltung globaler Rahmenbedingungen – notwendiges Engagement im Norden

Gerade vor dem Hintergrund des Irak-Krieges, aber auch vieler anderer Kriege, die gerade jetzt geführt werden, deren Ausbruch droht, oder die vielleicht vor kurzem einem fragilen Waffenstillstand Platz gemacht haben, ist zu betonen, dass zur Schaffung von dauerhaftem Frieden, der auch für die Zukunft einen gewaltfreien Interessenausgleich innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen Staaten und kulturell unterschiedlichen Systemen gewährleisten sollte, eine Vielzahl von Prozessen

auf unterschiedlichen Ebenen nötig ist. Wir sollten uns für den ZFD als ein projektorientiertes Instrument, das hauptsächlich auf der *Grassroot*-Ebene angesiedelt ist und dort bei überlegter Nutzung gute Ergebnisse erzielen kann, dann einsetzen, wenn wir uns gleichzeitig für die Verbesserung der Rahmenbedingungen stark machen, von denen der Erfolg der ZFD-Vorhaben auch abhängig ist.

Kriege werden geführt, Konflikte arten in gewaltförmige Exzesse aus, Menschen werden als feindlich angesehene Gruppen ermordet, verstümmelt und traumatisiert, wenn z. B.

- die Verteilung knapper Ressourcen (z. B. Land, Bodenschätze, Wasser) zu krisenhaft verschärften Konflikten führt;
- die Verteilung von Macht (und damit meistens verbunden der Zugang zu materiellen Ressourcen) verteidigt bzw. herausgefordert wird;
- nationale / kulturelle Identitäten (oft verbunden mit der Verwirklichung elementarer Menschenrechte) nicht repressionsfrei ausreichend ausgelebt werden können;
- Hegemonialinteressen (woher und wozu auch immer) nicht in regionalen oder internationalen, konsensual oder zumindest gewaltfrei ausgelegten, verbindlichen Regimen (Verhaltenscodices; völkerrechtlichen Regelungen) eingehegt werden können;
- Ventile für Politikversagen in anderen Feldern gesucht werden.

Die hier angeführten Beispiele können direkt oder im übertragenen Sinne auf innere, auf bilaterale zwischenstaatliche Kriege als auch auf bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Bündnissen angewendet werden.

Diese sehr komplexe Realität von Machtbeziehungen vor Augen, gleichzeitig wissend um das *roll-back* bei der Verwirklichung verbindlicher politischer Vereinbarungen in den Bereichen internationaler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung (Stichworte: Mandat der Vereinten Nationen / des Sicherheitsrates; Rolle des Internationalen Gerichtshofes; Abrüstungsverhandlungen), Ökologie (Vereinbarungen zur Klimapolitik) und Ökonomie (WTO, Landwirtschafts-Subventionen), wird sehr deutlich, dass unsere Anstrengungen auch bei der Beeinflussung folgender Politikfelder ansetzen müssen, um letztendlich ZFD-Vorhaben mit nachhaltigem Erfolg durchführen zu können:

- WTO / internationale Handelsregime: weil nicht der Götze des Freihandels sondern nur eine gerechte Welthandelsordnung dazu beiträgt, dass die weltweit wachsenden sozialen Disparitäten abgebaut und dadurch Krisenursachen eingedämmt werden können.
- Weitere Reformierung der Internationalen Finanzinstitutionen: weil nicht die reine Lehre des Neoliberalismus für höhere Einschulungsquoten von Mädchen und eine bessere Basisgesundheitsversorgung in den Ländern des Südens sorgt,

sondern nur eine umfassende Entschuldung vieler Staaten dort einen wirtschafts- und finanzpolitischen Neuanfang erlaubt, wobei die Entschuldung verbunden sein muss mit einer strukturellen und konzeptionellen Neuprogrammierung nationaler Entwicklungspolitiken in den betroffenen Ländern. Krisenvermindernd wirken sich derartige Reformen insofern aus, als dass durch die Verwendung öffentlicher Mittel für die nationale Wohlfahrt statt für den Schuldendienst größere soziale und politische, letztendlich auch ökonomische Spielräume entstehen, in denen demokratische Entwicklung stattfinden kann, eine wesentliche Grundlage für Friedenssicherung und gewaltfreien Interessenausgleich.

- Stopp von Waffenexporten: weil nicht Rüstungswettläufe den Frieden sichern, sondern nur konsequente Abrüstungsschritte. Die Bewaffnung des Irak oder die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen in Afrika können so nicht stattfinden oder stattgefunden haben, würden nicht immer wieder Waffen und Produktionsanlagen auch von den westlichen Industrieländern geliefert werden – jedes einzelne Mal wird der Tod vieler unschuldiger Menschen mitgeliefert. Deutschland gehört mit zur Spitzengruppe der Waffenexporteure.

An einigen aktuellen Beispielen kann demonstriert werden, wo im Sinne eines solchen ganzheitlichen Politikverständnisses im Sinne globaler Friedensentwicklung sehr konkret interveniert werden kann:

- Wir sind froh, dass die Bundesregierung ihren Antikriegskurs gegen die Hasardeure Bush und Blair bis zuletzt durchgehalten hat. Aber wir müssen wachsam bleiben: Wenn daraus erwächst, dass die Uralt-Ideen einer Stärkung der europäischen Verteidigungskraft (sprich: Angriffskraft) wieder an Boden gewinnen, dann wird trotz aktueller Kriegskritik grundsätzlich an einer falschen Politik festgehalten. Die Friedensbewegung und die entwicklungspolitische Community sind weiter gefordert, auf die grundlegenden Nachteile jedweder Aufrüstung aufmerksam zu machen, will man Frieden und Entwicklung fördern.
- Wenn gleichzeitig die Entwicklungsministerin durch finanzielle Zuweisungen und technische Hilfe die Verhandlungsmacht von Staaten des Südens bei den anstehenden WTO-Runden verstärkt, die Regierung aber nicht auf EU-Ebene einen massiven Vorstoß zum Abbau der Agrarsubventionen unternimmt, durch die faktisch den Südländern in einigen der wenigen Bereiche, in denen sie komparative Vorteile haben, der Marktzugang im Norden unmöglich gemacht wird, dann ist auch hier keine kohärente Politik zu erkennen. Auch weiterhin muss durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auf diesen Missstand hingewiesen werden.
- Wenn einige wenige Millionen Euro für Friedensprogramme im BMZ, beim Auswärtigen Amt und in internationalen Gremien veranschlagt werden, gleichzeitig aber – auch unter Rot-grün – der Primat des Militärischen immer noch nicht ab

gebaut wird (Budget, Forschung), noch nicht einmal Hermesbürgschaften für Militärgüter gebannt sind (und wir wissen natürlich nicht nur dank CNN und Al Dschasira, wie Streubomben und andere Verbrechen auf die Zivilbevölkerung in Kabul, Bagdad oder Belgrad wirken), dann läuft auch da noch viel zu viel falsch. Kampagnen gegen Kleinwaffen müssen erweitert werden, der Waffenhandel und seine Absicherung durch Regierungsstellen und -bürgschaften muss immer wieder öffentlich gebrandmarkt werden.

Der WFD, als entwicklungspolitischer Akteur genauso wie die SLE-TeilnehmerInnen als zukünftige Angehörige bzw. Beschäftigte von Entwicklungs- und Friedensorganisationen, die sowohl in ihrem individuellen Engagement in Parteien, Initiativen oder Organisationen als auch in ihrem jeweiligen professionellen Umfeld Einfluss nehmen können, sollten immer wieder auf diese vielfältigen Facetten von friedensfördernden Möglichkeiten bzw. den diese Prozesse verhindernden Strukturen und Politiken hinweisen.

Erste ZFD-Projekterfahrungen des WFD

Der WFD hat gleich nach Einrichtung des ZFD durch das BMZ seine Zusammenarbeit mit der zimbabwischen Menschenrechtsorganisation ZimRights aufgenommen, um ein Vorhaben zur Aufarbeitung des Matabeleland-Konflikts zu unterstützen. Bei diesem Konflikt waren in den achtziger Jahren im Süden Zimbabwes durch Massaker der Armee 10 – 20.000 Angehörige der Minderheitsethnie der Ndebele ums Leben gekommen. Diese Vorkommnisse prägen bis heute das Verhältnis zwischen Zentralstaat (und Shona-Mehrheitsbevölkerung) und dem Süden des Landes auf allen Ebenen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens. Das ZFD-Projekt musste inzwischen auf Druck der zimbabwischen Regierung beendet werden. Im Folgenden sollen einige, auch für andere Vorhaben wichtige Themen diskutiert werden, um bei der weiteren Entwicklung des Instruments erfolgreicher agieren zu können.

ZFD-Projekte müssen oft in Staaten arbeiten, in denen Versöhnungsaktivitäten, Aufklärungskampagnen zu Menschenrechten, Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Unterstützung von Partizipationsbestrebungen bisher marginalisierter Bevölkerungsgruppen von der herrschenden politischen Klasse als Bedrohung wahrgenommen werden. Ein sehr deutliches Beispiel haben wir aktuell in Zimbabwe vor Augen, aber auch in minder autokratisch geführten Ländern kann es schnell zu Misstrauen gegenüber derartigen Projekten kommen.

Im angesprochenen Matabeleland-Projekt war die Präsenz des Geheimdienstes (CIO) bei vielen Aktivitäten selbstverständlich, entweder stillschweigend hingenommen oder sogar aktiv gewollt, da nur unter dem „Schutz“ staatlicher Sicherheitsorgane Maßnahmen in einer derart angespannten Situation wie in Zimbabwe durchgeführt werden konnten. Das führt zu ambivalenten Ergebnissen: Staatliche Organe sind involviert und können an die Grundwerte und an die politische Zweckmäßigkeit von Vergangenheitsbewältigung sowie ziviler Konfliktbearbeitung heran geführt wer

den. So könnte z.B. ein wichtiges Projektziel erreicht werden, wenn es dabei um die Sensibilisierung einflussreicher politischer Akteure vor Ort und von Staatsbeamten bzgl. Demokratie und Menschenrechten geht. Unter diesem Gesichtspunkt sind neben der CIO auch oft Polizisten, Vertreter der Regierungspartei ZANU/PF oder VertreterInnen staatlichen Fachverwaltungen zu Veranstaltungen und Workshops eingeladen worden. Andererseits ist aber die Wahrnehmung vieler Projektaktivitäten durch staatliche Stellen als „der Opposition dienend“, „die staatliche Sicherheit unterhöhlend“ oder sogar als offen „staatsfeindlich“ (so wurde das ZimRights-Projekt durch das Innenministerium bewertet) entscheidend für Handlungsfähigkeit und Fortbestand des Projekts gewesen. Letztendlich mussten die Aktivitäten des Projekts eingestellt werden, da das herrschende Regime sich zunehmend bedroht fühlte.

Was folgt nun daraus? Sollten ZFD-Aktivitäten nur in Staaten durchgeführt werden, wo eine für diese Art von Projekten offene bzw. sympathisierende Position staatlicher Stellen vorhanden ist? Nein, der ZFD darf sich nicht auf solche Länder beschränken, denn gerade in politisch fragilen und autokratisch geführten Staaten besteht ein großer Bedarf an „Bewegung von unten“. Grundvoraussetzung bei allen Maßnahmen ist sicherlich eine möglichst weitgehende Absicherung der physischen und psychischen Sicherheit und Unversehrtheit der Friedensfachkräfte und ihrer KollegInnen bei den lokalen Partnerorganisationen. Darüber hinaus ist in der genannten Ländergruppe ein sehr geschicktes Vorgehen bzgl. staatlicher Stellen, besonders im Sicherheitsapparat (vorwiegend Polizei, Geheimdienst, Innenministerium) nötig, und zwar unter dem Motto, dass „bürgerschaftliches Engagement und Friedensentwicklung, und da besonders die konsensuale oder zivile Konfliktbearbeitung, allen Seiten von Nutzen ist“. Natürlich wäre es blauäugig zu glauben, dass bei der Bedrohung machtpolitischer oder ökonomischer Fleischtöpfe die herrschende Schicht der Demokratisierung von sich aus weiteren Spielraum geben würde. Insofern sind die Konsequenzen des Innenministeriums in Zimbabwe nur system-logisch. Aber auf dem Weg hin bis zu einem solchen Bruchpunkt können Potentiale innerhalb von Partnerorganisationen und deren Zielgruppen genutzt werden und Fähigkeiten zum Einmischen auf der einen Seite und zum Abwehren staatlicher Übergriffe andererseits verbessert werden. Im Sinne eines weiten Friedensbegriffes, der die Entwicklung von Demokratie (und die sollte als politische, ökonomische und soziale Partizipation verstanden werden) als eine seiner wesentlichen Voraussetzungen ansieht, haben derartige Ergebnisse durchaus Wirkungen bei der Schaffung, Konsolidierung und Weiterentwicklung von Frieden, selbst wenn staatliche Repression kurzfristig solche Prozesse stoppen oder verzögern kann.

Ein zweiter Stolperstein bei der Implementierung des Matabeleland-Projekts bestand in der Beschränkung des ZFD-Instrumentariums auf friedenspolitische Maßnahmen, unter Ausschluss von Aktivitäten zur ökonomischen Förderung. Gerade aber die Strukturen im Matabeleland zeigen, wie eng politische und ökonomische Entwicklung zusammen gehören: Aufgrund des von der ZANU/PF-Führung so bewerteten politischen ‚Ungehorsams‘ der Ndebele wurde neben der Nicht-Aufarbeitung der Massa

ker der 80er Jahre die Matabeleland-Region auch systematisch durch staatliche Entwicklungsplanung vernachlässigt. Wenn nun Organisationen wie ZimRights und der WFD mit dem Anspruch der Vergangenheitsaufarbeitung und Versöhnung der Bevölkerung entgegen treten, wird natürlich auch sofort die Frage der ökonomischen und sozialen Förderung gestellt. Auch in anderen ZFD-Projekten, bei denen es bspw. um die Einhegung politischer Gewalt geht, muss Friedenserziehung immer auch einher gehen mit konkreten Alternativangeboten zu positiven Perspektiven der besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen (z.B. bei ‚gewaltbereiten‘ Jugendlichen).

Neben dem Fokus auf die „Kultur der Gewalt“, die in vielen Ländern und bei vielen Auseinandersetzungen dringend Alternativen zur Lösung politischer und sozialer Konflikte erfordert (das klassische Einsatzgebiet des ZFD), muss aber auch gesehen werden, dass nicht nur die oft zitierten Warlords an einem Frieden kein Interesse haben, sondern dass Gewalt auch bei anderen sozialen Schichten Existenzsicherung bedeuten kann (soziale Gewalt / Kriminalität, Schutzgelderpressung, ‚politische Gewalt‘ als Schutzschild für Mord und Raub, Waffen- und Drogenhandel, bis hin zum Söldnerunwesen). Die Gewaltmärkte lassen sich von den zimbabwischen Kriegsgewinnlern in den Minen der Demokratischen Republik Congo (DRC) bis zu den arbeits- und perspektivlosen Jugendlichen in südafrikanischen Townships durchdeklinieren. Ähnlich wie beispielsweise bei der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels muss also auch bei der „Austrocknung“ der Gewaltmärkte neben Wahrnehmungs- und Verhaltensänderungen auf alternative Einkommensmöglichkeiten gesetzt werden.

Müssen wir also prioritär doch wieder einkommenschaffende Maßnahmen, Bildungs- und Gesundheitsprogramme anbieten, um dem Frieden die notwendige materielle und soziale Fundierung zu verschaffen?

Aufgrund der Analyse der vielen offenen und schwelenden gewaltträchtigen Konflikte scheint mir die Einführung des ZFD weiterhin ein sehr wichtiger Schritt zu sein, nachhaltige und menschliche Entwicklung zu unterstützen. Durch den ZFD wird auf der Ebene durch Gewalt betroffener oder bedrohter Bevölkerungsgruppen genau auf die Bereiche fokussiert, die oft klassische Entwicklungspolitik auslöst, die aber für erfolgreiche Entwicklungsprozesse notwendigerweise mit bearbeitet werden müssen (Ruanda war vor dem Genozid ein Schwerpunktland klassischer deutscher EZ!): Aufarbeitung historischen Unrechts, Versöhnung, Traumabearbeitung, Entwicklung von Alternativen zur „Kultur der Gewalt“, konstruktives und gewaltfreies Einmischen / Partizipation, Demokratieentwicklung, Empowerment.

Genauso wie diese Arbeit langfristig nur dann erfolgreich sein kann, wenn auf der nationalen, der zwischenstaatlichen und der internationalen Ebene die strukturellen Voraussetzungen für Frieden geschaffen werden (bspw. aktuell in der DRC oder in Burundi) sollten diese Anstrengungen auf der *Grassroot*-Ebene sehr eng mit anderen entwicklungspolitischen Maßnahmen und Akteuren abgestimmt sein. Neben der Akzeptanz der ZFD-Maßnahmen, die sicherlich notwendig für einen Projekterfolg ist,

wird dadurch aber auch der weiter oben angesprochenen Tatsache Rechnung getragen, dass oft die Konsolidierung von Friedensprozessen ohne begleitende wirtschaftliche Entwicklung kaum glaubwürdig vorangetrieben werden kann. Aus dieser komplexen Situation erwachsen für die erfolgreiche Umsetzung von ZFD-Vorhaben – je nach konkreter Situation vor Ort – folgende Schritte, die jeweils aufeinander abgestimmt werden müssen:

- Vernetzung mit lokalen / nationalen Entwicklungsprogrammen;
- Vernetzung mit internationalen Programmen der EZ;
- Enge Abstimmung mit deutscher (staatlicher und nicht-staatlicher) EZ;
- Bereitstellung von Budgets (innerhalb des ZFD-Projekts) für diese Vernetzungsarbeit;
- Bereitstellung von Sonderfonds in Ausnahmefällen, wenn aufgrund fehlender anderer Strukturen beabsichtigtes Networking keine Chance haben kann, die Unterstützung sozio-ökonomisch ausgerichteter Kleinprojekte aber für den Projekterfolg des ZFD-Vorhabens unabdingbar ist.

Natürlich konnten bei einem mehrjährigen Einsatz einer Friedensfachkraft (FFK) auch Erfahrungen gesammelt werden, die wichtige Rückschlüsse auf Qualifikationsprofil und Maßnahmen bei der Begleitung der Fachkräfte zulassen. Die hohe psychische Belastung der FFK durch die sehr aufgeheizte politische Situation in Zimbabwe, vor allem aber durch die Bedrohungssituation vor Ort (Teile des Einsatzgebiets wurden durch sogenannte *War Veterans*, d.h. ZANU/PF-Milizen, für MitarbeiterInnen des Projekts zu ‚no-go-areas‘ erklärt; CIO und Distrikt-Verwaltung sprachen Drohungen aus) zeigte einmal mehr, wie wichtig adäquate Auswahl und Betreuung von FFK für einen Einsatz in derartig schwierigem Projektumfeld ist. FFK, deutsche Vermittlungs- und lokale Durchführungsorganisation müssen bei der Implementierung der Projektmaßnahmen an erster Stelle um die psychische und physische Gesundheit des Projektpersonals, aber auch um das Wohlergehen der Zielgruppen besorgt sein, um nicht kontraproduktive Wirkungen zu erzielen. Vor allem für die deutschen ZFD-Organisationen erwächst daraus die Notwendigkeit bei Auswahl und Begleitung der Fachkräfte besondere Sorgfalt walten zu lassen:

- Der Umgang mit gefährlichen Situationen im persönlichen Umfeld muss eingeübt werden; Deeskalationstraining für die eigene Sicherheit kann hilfreich sein.
- Die Sicherheit oder deren mögliche Gefährdung von KollegInnen und Zielgruppen muss bei allen Projektaktivitäten höchsten Stellenwert erhalten. Entsprechendes Sensibilisierungstraining muss Teil der Vorbereitung und Begleitung sein; der ‚do no harm‘-Ansatz kommt hier auf verschiedenen Ebenen zur Wirkung.
- Selbstreflexion und die Fähigkeit ‚zurückzustecken‘ sind oft wichtige Eigenschaften für das Bestehen schwieriger Situationen, ohne deshalb seine Zielrichtung aufgeben zu müssen. Auch derartige Fähigkeiten müssen eingeübt werden, um

sowohl den zwangsläufig auftretenden Frustrationen nicht zu viel Raum zu gewähren und einem *burn-out*-Syndrom vorzubeugen.

- Austausch mit Gleich-Betroffenen und Unterstützung durch qualifiziertes Fachpersonal (z.B. Supervision, Counselling) können darüber hinaus zur persönlichen Stabilisierung am Arbeitsplatz beitragen. Die Entsendeorganisation sollte hier proaktiv sein, und in Abstimmung mit den FFK in einem Land oder einer Region Angebote in diesem Bereich unterbreiten.
- Für die Weiterentwicklung von Qualifikationsprofilen, Fortbildungs- und Begleitungsangeboten ist eine kontinuierliche Berücksichtigung der Erfahrungen der FFK „der ersten Generation“ sehr hilfreich. Alle Entsendeorganisationen sollten im Interesse der Projekte, der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen und der zukünftig zu vermittelnden FFK großen Wert auf derartige Monitoring- und Debriefing-Mechanismen legen.

Hat auch die Durchführung der ersten ZFD-Projekte in vielen Bereichen zu Fragen und Problemen geführt, so zeigen doch Erfahrungen in ZFD-Projekten, in denen schon erste „*lessons learnt*“ ausgewertet werden konnten, auch, dass das Instrument an sich als eine notwendige Bereicherung auf der Ebene der Zielgruppen- und Partnerorganisations-bezogenen Zusammenarbeit im Bereich der Demokratieförderung, Menschenrechtsarbeit und Friedenskonsolidierung sowie Versöhnung angesehen werden muss. Nicht zuletzt durch die Rückwirkungen dieser Projekte auf unsere Gesellschaft, die einen Austausch im Bereich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung zulassen, hält der WFD dieses Instrument für unverzichtbar.

Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung – Ziele und Praxis aus der Perspektive der auswärtigen Politik

Von Barbara Unger, Projektbüro zivik

Einführung

Das Projekt zivik (zivile Konfliktbearbeitung) bildet eine Brücke zwischen dem Auswärtigen Amt und Nichtregierungsorganisationen, die Projekte zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung durchführen – von daher ist unsere Perspektive nicht die der Entwicklungszusammenarbeit, sondern die der auswärtigen Politik, insbesondere der Friedenspolitik.

Als ich 1993 als Freiwillige der Peace Brigades International (PBI) in Guatemala arbeitete, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass ich zehn Jahre später hauptamtlich in einem Projekt arbeiten würde, das im Auftrag des Auswärtigen Amts Nichtregierungsorganisationen im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung gezielt mit staatlichen Mitteln fördert, nach einem Förderkonzept, das mit der Zivilgesellschaft abgestimmt ist.

Im vergangenen Jahrzehnt ist das Thema Konfliktbearbeitung einen weiten Weg gegangen: Der Völkermord in Ruanda und die Kriege im früheren Jugoslawien haben international die Einsicht gestärkt, dass Krisenprävention notwendig und sinnvoll ist. Hierzulande hat die Rot-Grüne Regierung die Forderungen von Nichtregierungsorganisationen aufgegriffen, das Thema in ihrer Politik zu verankern.

Leitziel, Grundlagen und Strukturen der Bundesregierung

Zivik ist, ebenso wie der Zivile Friedensdienst und das Zentrum für internationale Friedenseinsätze ein Element einer Infrastruktur für den Frieden, die in den letzten Jahren aufgebaut wurde.

Grundlage dafür ist das Gesamtkonzept der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, das vom Auswärtigen Amt ausgearbeitet und im Juni 2000 dem Bundessicherheitsrat vorgestellt wurde. Die Bundesregierung setzt sich für die Entwicklung und Anwendung wirksamer Instrumente in diesem Bereich ein. Dabei geht sie von einem erweiterten Sicherheitsbegriff aus und betont die Notwendigkeit einer koordinierten Gesamtstrategie, bei der nationale und internationale, staatliche und nichtstaatliche, zivile und militärische Ansätze koordiniert werden. Vorrang hat die zivile Konfliktbearbeitung, denn militärisches Vorgehen kann zwar Gewalt eindämmen, aber keine Ursachen abbauen oder neue Formen der Konfliktbearbeitung finden.

Derzeit wird unter Federführung des Auswärtigen Amts die Umsetzung des Gesamtkonzepts durch einen Aktionsplan der Bundesregierung fortgeschrieben, der noch in diesem Jahr fertig gestellt werden soll.

Auch die anderen Vorträge haben es gezeigt: Die Ziele sind gesteckt, viele Strukturen sind geschaffen, eine Vielfalt staatlicher und nichtstaatlicher Akteure ist aktiv. Nun gilt es, das Vorhandene zu stärken, die Anforderungen zu koordinieren und gegebenenfalls noch Fehlendes aufzubauen.

Strukturen im Vorfeld des Auswärtigen Amts: Unterstützung internationaler Friedenseinsätze und Förderung von NRO

Im Auswärtigen Amt werden traditionell diplomatische Anstrengungen unternommen und multilaterale Bemühungen unterstützt, um krisenpräventiv zu agieren. In den vergangenen Jahren sind zusätzliche Strukturen eingerichtet worden, um den Bereich zivile Konfliktbearbeitung zu stärken: So wurde das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) eingerichtet und das Projektbüro zivik für die Förderung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) ins Leben gerufen.

ZIF erlaubt der Bundesregierung durch die Auswahl, Ausbildung und Vermittlung von Fachkräften, diese in multilateralen Friedensmissionen wie der UN und der OSZE zu entsenden.

Zivik ist ein Projekt des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) und berät das Auswärtige Amt bei der NRO-Förderung aus dem Titel „Friedenserhaltende Maßnahmen“. Aus diesem Titel wurden seit 2000 neben Vorhaben, die die Konfliktbearbeitungsmechanismen der UN stärken, auch rund 220 NRO-Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 20 Millionen Euro gefördert. Denn: Ohne zivilgesellschaftliches Engagement gegen bewaffnete Konfliktaustragung oder für einen einmal erreichten Frieden laufen Regierungsbemühungen ins Leere. Lokale bzw. bereits länger vor Ort aktive internationale NRO haben oft besseren Zugang zu den friedensbereiten Kräften, eine höhere Glaubwürdigkeit und eine höhere Flexibilität als Kräfte, die erst bei oder nach einem Konflikt zu arbeiten beginnen.

Für viele NRO bedeutet die Förderung durch das Auswärtige Amt neben zusätzlichen Ressourcen auch oft ein Mehr an Sicherheit und teilweise auch Legitimität gegenüber der eigenen Regierung. Waren zu Beginn der Förderung durch das Auswärtige Amt die deutschen Organisationen klar in der Mehrheit, werden heute wesentlich mehr internationale und lokale Organisationen direkt gefördert. Zivik berät die NRO zu Fördermodalitäten, konzeptionellen Fragen und bezüglich der Abrechnung gegenüber dem Auswärtigen Amt.

Vom „Conflict Impact Assessment“ zur Optimierung von Maßnahmen der Friedensförderung

Von Martina Fischer, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung

1. Anforderungen an Evaluierung der Praxis von Konfliktbearbeitung und Friedensförderung

Vor allem in amerikanischen und skandinavischen Netzwerken von Organisationen der EZ, HH, Menschenrechts- und Friedensarbeit wurden in den vergangenen Jahren Fragen der Evaluierung von Maßnahmen der EZ und humanitären Hilfe, aber auch von Ansätzen der Friedensförderung und Konfliktbearbeitung unter Einbeziehung von PraktikerInnen diskutiert und weiter entwickelt.

Dazu gehören u.a.:

- (1) die „Do No Harm“-Studie von Mary B. Anderson und die „Local Capacities for Peace“- Initiative;
- (2) das Projekt „Reflecting on Peace Practice“, das von der amerikanischen NGO *Collaborative for Development Action* (CDA, Cambridge, Mass.) und dem *Life & Peace Institute* (Uppsala) initiiert wurde und das ein Nachfolgeprojekt der genannten Studien darstellt;
- (3) das „War Torn Societies Project“ der Vereinten Nationen und das Nachfolgeprojekt „WSP Transition Program“;
- (4) diverse „Lessons learned“-Studien der *European Platform for Conflict Prevention*;
- (5) „Lessons learned“-Studien des *Institute for Multi Track Diplomacy* (Washington D.C.);
- (6) Diskussionszusammenhänge und Workshops zu Fragen des „Theory Gap“ und „Policy Gap“, initiiert von der Abteilung *Peace Studies* der *Bradford University* (UK);
- (7) das „Berghof Handbook for Conflict Transformation“ hat sich in diese Diskussionszusammenhänge eingeschaltet und diese mit Ansätzen aus der bundesdeutschen Diskussion zusammengebracht;
- (8) das *European Peace Liaison Office* (EPLO, Brüssel) plant zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen derzeit einen weiteren Diskussionsprozess.

Die Diskussion in den genannten Zusammenhängen kreist um folgende Stichworte:

- „Do No Harm“ (Vermeidung negativer Folgewirkungen);
- „Conflict Impact Assessment“ (Konfliktrelevanzprüfung);

- „Lessons learned“ und
- „Good“, bzw. „Best Practices“.

1.1. „Do No Harm“

Der „Do No Harm“-Ansatz bezog sich vorrangig auf Maßnahmen der Humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit und forderte eine Sensibilisierung für die Folgen eigenen Handelns von Akteuren, die in Konfliktgebieten „intervenieren“. Dies basierte auf der Erkenntnis, dass EZ und HH in Konfliktsituationen nie neutral sind, sondern immer einen Eingriff in die Strukturen des Ziellandes darstellen.

EZ und HH können im ungünstigen Fall zur Stabilisierung von ungerechten Herrschaftsstrukturen führen oder die Verlängerung von Kriegssituationen bzw. die Herausbildung von Bürgerkriegsökonomien fördern (vgl. UVIN 1999).

MARY B. ANDERSON (1999) hat eine Reihe von problematischen Nebenwirkungen ausgemacht: Der Ressourcenzufluss kann die politische und ökonomische Situation vor Ort extrem verändern und lokale Märkte verzerren. So werden mitunter Gelder für die Versorgung von Truppen und den Waffenkauf abgezweigt oder zur Absicherung politischer Unterstützung in bestimmte Gebiete gelenkt. Auch internationale Organisationen haben dieses Thema aufgegriffen, die EU hat z.B. die Erfahrungen in Somalia und Ruanda aufgearbeitet. DANIDA (1996) spielte hier eine wichtige Rolle.

Ebenfalls als folgenschwer, allerdings subtiler, erweisen sich implizite Botschaften der verschiedenen Entwicklungsagenturen und das Verhalten von Mitarbeitern:

- Der Kontakt von Hilfsorganisationen mit Kriegsfürsten kann deren Legitimität erhöhen.
- Überhebliches Auftreten der Helfer kann Dominanzkulturen hervorbringen und dadurch zusätzliche Ungerechtigkeiten erzeugen.
- In diesem Zusammenhang sollte auch nicht das Problem der Prostitution verschwiegen werden, die immer wieder mit der Präsenz internationaler Institutionen verbunden ist.

Unangemessenes oder undurchdachtes Verhalten externer Akteure kann ungewollt Konflikte schüren, Menschenrechtsverletzungen Vorschub leisten und die Zerrüttung sozialer Strukturen befördern.

Daraus erwuchs die Forderung nach „Conflict Impact Assessment“ (CIA), einer Konfliktrelevanzprüfung. Diese richtet sich v.a. auf die Fragen:

- Welche potenziellen negativen Wirkungen könnten eintreten und was muss bei der Anlage eines Projektes beachtet werden, damit sie nicht eintreten?
- Wie sind Maßnahmen anzulegen, damit unbeabsichtigte, möglicherweise konfliktverschärfende Nebenwirkungen vermieden werden?

Insbesondere im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch in den anderen genannten Feldern hat sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, dass Vorevaluationen und begleitende Auswertungen von Projekten mit dem Ziel des „Conflict Impact Assessment“ unerlässlich sind, um unbeabsichtigte, negative Effekte zu vermeiden und die gewählten Strategien zu optimieren. Dies erfordert eine fundierte Konfliktanalyse des gesamtgesellschaftlichen und des lokalen Umfelds, in der eine Maßnahme stattfindet: (a) vor ihrer Implementierung, (b) aber auch ein Monitoring während ihrer Laufzeit.

1.2 „Lessons learned“ und „Best Practices“

Die Frage hiernach geht weit darüber hinaus und richtet sich im Hinblick auf Friedensförderung überdies auf:

- die Untersuchung von positiven Wirkungen und
- die Untersuchung von Effizienz eines Projektes bzw. einer Maßnahme oder Strategie.

Vor allem in der EZ begann man darüber nachzudenken, wie diese – über die Vermeidung unbeabsichtigter, negativer, konfliktverschärfender Wirkungen hinaus – **auch aktiv zur Friedensförderung beitragen kann.**

Sowohl in der strukturbezogenen Prävention von Gewaltkonflikten als auch in der Konsolidierung von Nachkriegsregionen erweist sich eine Kombination von Projekten der EZ mit friedensfördernden Ansätzen als wichtig.

Damit haben Agenturen der EZ und traditionell in der Friedensarbeit tätige Organisationen ein gemeinsames Problem, denn sie sind mit diversen offenen Fragen konfrontiert:

- Was sind Kriterien für Erfolg und Misserfolg von Maßnahmen der Friedensförderung?
- Wann ist ein Projekt / eine friedensfördernde Maßnahme effektiv?

1.3. Methoden der Evaluierung

Zur Anwendung kommen dabei in der Regel qualitative Ansätze empirischer Sozialforschung:

- Auswertung schriftlicher und mündlicher Stellungnahmen der durchführenden Organisation über Projektziele und Projektentwicklung,
- Durchsicht von Projektberichten,
- teilnehmende Beobachtung (Teilnahme an Teamsitzungen und teilnehmende Beobachtung bei der Arbeit „vor Ort“ sowie in Trainingsmaßnahmen),
- Interviews mit Projektbeteiligten, mit Personen aus der Zielgruppe und aus dem gesellschaftlichen Umfeld.

Die Evaluierung von EZ-Projekten erfolgt in der Regel im Hinblick auf folgende Aspekte:

- Umsetzung der übergeordneten Projektziele,
- Umsetzung der untergeordneten Zwischenziele,
- Angemessenheit der eingesetzten Strategien,
- Kohärenz, Koordination und Komplementarität der unterschiedlichen Komponenten des Projektes,
- Kooperation der beteiligten Akteure,
- Wirkung für die Zielgruppe,
- Wirkung für das gesellschaftliche Umfeld,
- Transparenz,
- Nachhaltigkeit.

So kann man auch bei der Evaluierung von friedensfördernden Maßnahmen vorgehen. Dabei stellt sich jedoch folgendes Problem: Anders als bei reinen EZ-Projekten sind friedensfördernde Wirkungen meist erst sehr langfristig zu erwarten; auch ist das Kriterium der „Nachhaltigkeit“ gerade bei prozessbezogenen Maßnahmen kaum anwendbar. Anders als wirtschaftliche und soziale Entwicklung lässt sich „Frieden“ nicht nach eindeutigen Indikatoren feststellen. Die Indikatorenbildung ist bei friedensfördernden Maßnahmen schwieriger.

2. Beispiel: „Reflecting on Peace Practice“ von CDA/ Life and Peace Institute

RPP wurde in den Jahren 1999 bis 2002 in Spiralen entwickelt: weltweit wurden 26 Studien über Friedensprozesse in Auftrag gegeben, anschließend von Forschern und Praktikern gemeinsam diskutiert und dann von einer kleinen Gruppe von Personen ausgewertet. Die Auswertungsergebnisse wurden wiederum in sogenannten „Feedback“-Workshops mit lokalen Prozessbeteiligten rückgekoppelt. Das Berghof Zentrum war in der Steering Group von RPP vertreten und hat zwei Studien (zu Bosnien und Zypern) erstellt.

Im Rahmen von RPP ging es vor allem um Erkenntnisse über die Wirkung der Intervention externer Akteure und „Insider“-„Outsider“-Beziehungen. Folgende Probleme und Fragen wurden im Rahmen dieses Prozesses thematisiert:

1) Negative Wirkungen von Interventionen externer Akteure

Als negative Wirkungen wurden unter anderem ausgemacht (eine vollständige Liste findet sich auf der homepage von CDA unter: [http:// www.cdainc.com](http://www.cdainc.com)):

- Die Schaffung **unrealistischer Erwartungen**: externe Akteure werden als Experten wahrgenommen, auch wenn diese vielleicht keine ‚Patentrezepte‘ haben;

die Annahme lokaler Akteure, dass die externen Akteure kompetenter seien und „Rezepte“ zur Lösung ihrer Probleme hätten, kann dazu führen, dass der Ernst der Lage nicht erkannt wird und

- dass so kaum Anstrengungen unternommen werden die Probleme zu lösen, oder
 - dass sich lokale Akteure in Verkennung der Situation selbst in Gefahr begeben
- **Dependenzen:** lokale Akteure geraten in Abhängigkeit von externen Akteuren;
 - **Substitutionseffekte:** Durch Initiative externer Akteure werden künstliche Netzwerke geschaffen, die bereits existierende informelle Strukturen der Kommunikation, des Dialogs oder der Streitschlichtung überlagern und an deren Stelle treten;
 - **Konkurrenz** zwischen Aktivitäten externer und interner Akteuren kann entstehen, dazu gehört auch die Konkurrenz um Ressourcen;
 - **Spannungen** können entstehen, weil externe Akteure von außen Kriterien für Beteiligung von Gruppen an Dialogprozessen oder Projekten entworfen haben, die zum Ausschluss wichtiger Gruppen führten, die anschließend den Prozess torpedieren (backlashes, spoilers);
 - **Dialogprojekte**, die schlecht vorbereitet oder unsensibel gestaltet werden, können dazu führen, dass die Beteiligten unterschiedlicher Lager ihre Vorurteile von der jeweils anderen Seite bestätigt sehen, so dass ablehnende Einstellungen verfestigt werden.

Fazit: Eine zentrale Frage, die externe Akteure sich stellen müssen, lautet: Nützt die Intervention den Konfliktbeteiligten? Die Bestimmung negativer Effekte erwies sich als nicht einfach, aber weitaus schwieriger erwies sich die Benennung positiver Resultate. Es stellt sich das Problem der Festlegung von **Erfolgskriterien:**

2) Was sind Kriterien für den Erfolg einer Intervention?

- Einbeziehung von mehr Menschen in das Engagement für Friedensprozesse?
- Nachhaltigkeit des Engagements von friedensbereiten Gruppen und Organisationen auch unter Druck?
- Nachweisbare Verknüpfung und Vernetzung von Gruppen und Aktivitäten?
- Abnahme von Gewaltakten?
- Fortschritte bei der Bewältigung von Konfliktursachen?

Daraus ergeben sich aber auch

3) Spannungsfelder und Zielkonflikte:

- Zielsetzung „Abnahme/Abwesenheit von Gewalt“ vs. Zielsetzung „Bewältigung von Ursachen“ (betrifft z.B. Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit),

- Zielsetzung „Veränderung von Einstellungen und Beziehungen“ vs. „Veränderung sozialer und politischer Strukturen“,
- Evaluierung von langfristigen Zielen und kurzfristigen Zielen,
- Auseinandersetzung mit Rückschlägen, die sich nicht vermeiden lassen, sondern Teil der Dynamik von Dialogprozessen sein können.

Damit eng verbunden sind folgende offene Fragen:

- **Frage der Zuordnung:** Wie kann man Folgen von Interventionen in einem dynamischen Prozess herausfiltern? Welche Wirkungen lassen sich welchen Initiativen zuordnen?
- **Frage der Effizienz** (selbst wenn man die Zuordnung treffen kann): Reicht es aus, positive Effekte einer friedensfördernden Maßnahme zu konstatieren? Manchmal kann man positive Wirkungen feststellen, aber die Kosten können dennoch unverhältnismäßig hoch sein. Kosten-Nutzen-Analyse ist erforderlich.
- **Problem der Integration positiver und negativer Effekte in die Projektplanung:** es ist nicht realistisch zu glauben, dass man friedensfördernde Maßnahmen in einer Weise durchführen kann, die ungeplante Effekte völlig ausschließt. (Rückschläge in Dialogprozessen sind z.B. gang und gäbe, es handelt sich um eine Dynamik, und man sollte darauf vorbereitet sein, dass sie passieren, anstatt sich krampfhaft auf ihre Vermeidung zu konzentrieren.)
- Was folgt aus der Einsicht in mögliche negative Effekte? Veränderung der Zielsetzung, oder Veränderung der Strategien?
- Langfristige Zielsetzungen lassen sich in der Regel kaum evaluieren. Daher ist die Formulierung von kurz- und mittelfristigen Zielen erforderlich. Jedoch: Angenommen die kurz- und mittelfristigen Ziele wurden erreicht – ist dies automatisch eine Garantie dafür, dass es sich um die richtige Strategie zur Erreichung der langfristigen Ziele handelt?

Weiterhin ergaben sich folgende grundlegende Fragen:

- Ist Erfolg in langfristig orientierten Maßnahmen der Friedensarbeit überhaupt messbar?
- Kommt es nicht viel mehr auf den Prozess selbst als auf messbare Resultate an?

Die Sichtweise der amerikanischen und europäischen NGOs war da durchaus gegensätzlich. Die US-amerikanische Sichtweise richtet sich eher auf Messbarkeit von Resultaten, die europäische Sichtweise dagegen eher auf die Suche nach Kriterien für „Bewertung des Prozesses“.

Bei der Evaluierung der Praxis von friedensfördernden Maßnahmen stellt sich ein zusätzliches Problem, das zumindest von den durchführenden und evaluierenden Akteuren reflektiert werden muss: Im RPP-Kontext wurde deutlich, dass es in der

Szene der friedensfördernden Agenturen keine einheitliche Vorstellungen davon gibt, wie sozialer Wandel erfolgt (Theoriedefizit). Alle aber gründen ihre Ziele und die Wahl ihrer Strategien auf bestimmte implizite Annahmen über sozialen Wandel. Es wäre nützlich und dringend erforderlich, diese Annahmen zu explizieren, um Evaluierungen ansetzen zu können; das gilt auch für die Annahmen, die Evaluatoren ihrerseits haben, und die in die Auswertungen ansonsten implizit einfließen.

3. Thesen und offene Fragen

These 1:

Eine Evaluierung kann nur sinnvoll durchgeführt werden, wenn die Zielsetzung des friedensfördernden Projekts oder der friedensfördernden Maßnahme von der durchführenden Organisation klar definiert wurde. Oft kranken Projekte oder Maßnahmen daran, dass die Beteiligten ihre Ziele nicht klar artikulieren, zu allgemein und diffus formulieren oder dass unterschiedliche projektbeteiligte Individuen oder Abteilungen in sich widersprechende Zielsetzungen verfolgen. Auch um dies zu vermeiden, ist eine frühzeitige Begleitung durch Evaluation erstrebenswert. Voraussetzungen für eine effektive Evaluationsmaßnahme sind also:

- klare Definition der Ziele des zu evaluierenden Projekts seitens der Durchführungsorganisation,
- Konsens der Beteiligten über Projektziele,
- klarer Auftrag über das was evaluiert werden soll („Terms of Reference“).

Projektbeteiligte können von Evaluationsmaßnahmen eine Überprüfung der eigenen Praxis erwarten, aber die Definition der Ziele muss von den Projektbeteiligten selbst geleistet werden. Allerdings kann eine Evaluation, die schon in der Planungs- und Implementierungsphase beginnt und projektbegleitend erfolgt, frühzeitig Inkonsistenzen in der Zielformulierung offen legen und bei den Beteiligten das Problembewusstsein schärfen für die Notwendigkeit, zu einer gemeinsamen Zielfestlegung zu gelangen.

Wichtig ist, dass Organisationen, die zur Friedensförderung beitragen wollen, kurz- und mittelfristig nachprüfbar Ziele benennen und Kriterien bestimmen, nach denen das Erreichen dieser Ziele beurteilt werden kann. Dabei ist nach Wirkungen für die Zielgruppe und für das weitere gesellschaftliche Umfeld zu unterscheiden.

These 2:

Evaluationen sollten schon in der Planungs- und Implementierungsphase beginnen, also projektbegleitend und kontinuierlich erfolgen. Wenn sie nicht von Beginn an durchgeführt sondern erst nach einer gewissen Laufzeit des Projekts oder der Maßnahme nachträglich konzipiert und implementiert werden, erfordert dies einen größeren Aufwand und ist nicht annähernd so effektiv.

These 3:

Evaluierung sollte prozessbegleitend und partizipativ erfolgen und die an der Umsetzung beteiligten Akteure zur Selbstreflexion animieren. Das bedeutet: man muss sie beteiligen und die Ergebnisse immer wieder an sie rückkoppeln. Evaluierung im Sinne der Aktionsforschung ist nicht nur auf Erkenntnisgewinn gerichtet, sondern auch auf Veränderung der Praxis.

These 4:

Wichtig ist, dass Organisationen, die aktiv zur Friedensförderung beitragen wollen, fundierte Konfliktanalyse der gesamtgesellschaftlichen Situation und des unmittelbaren Projektumfelds betreiben und sich fragen, ob das, was sie anbieten können, wirklich das Richtige zum richtigen Zeitpunkt ist, oder ob etwas anderes benötigt wird.

These 5:

Geldgebende Institutionen sollten bei der Förderung von Maßnahmen der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung stärker dazu übergehen, projektbegleitende Evaluierungen zu fördern, die partizipativ angelegt sind und der Projektentwicklung zugute kommen. Evaluierung sollte nicht im Sinne der abschließenden Überprüfung erfolgen. **Damit muss ein Wandel in der „Donorkultur“** einhergehen: Statt „Bestrafung“ durch Einstellung der Förderung im Falle von Strategiewechseln sollten diese eher belohnt werden, sofern Organisationen diese begründen können.

Zusammenfassung der Diskussion

Den Kurzvorträgen der vier Referentinnen und Referenten schloss sich eine Diskussion mit dem Podium und später mit dem Publikum an. Im Folgenden sind die wichtigsten Diskussionsbeiträge zusammengefasst.

Querschnittsthema Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der Entwicklungszusammenarbeit

Als Einstieg in die Podiumsdiskussion wurden die ReferentInnen aufgefordert zu beurteilen, ob der Bereich der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung ein Querschnittsthema in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) darstellen sollte.

Herr Schröder betonte, dass nicht beabsichtigte Negativwirkungen auf Konfliktdynamiken immer bei EZ-Maßnahmen beachtet werden sollten. Die Bedeutung des politischen Kontextes könne bei Interventionen der EZ nicht außer Acht gelassen werden, da es keinen Frieden ohne Entwicklung und keine Entwicklung ohne Frieden geben könne. Beim WFD ist der Bereich der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung schon seit langer Zeit ein Querschnittsthema, auch wenn dieser erst in den letzten Jahren durch die „Do No Harm“-Grundregel von Mary Anderson innerhalb der EZ breite Aufmerksamkeit erfahren hat.

Frau Unger bestätigte die Position ihres Vorredners, dass die Wirkungen von EZ-Interventionen auf Konfliktsituationen immer beachtet werden sollten. Sie wies indes darauf hin, dass dies nicht bedeuten sollte, dass jedes Projekt über eventuelle Wirkungen auf Konfliktdynamiken Rechenschaft ablegen müsse. Vielmehr gehe es um die Schaffung von Bewusstsein und Raum zum Erfahrungsaustausch und somit um eine Sensibilisierung bezüglich dieser Thematik.

Herr Rast erachtet ein Mainstreaming des Themas generell für sinnvoll. Man müsse sich dabei allerdings damit auseinandersetzen, wie dies konkret umgesetzt werden sollte, da bisher darüber keine Einigkeit besteht. Vor allem dürfe die politische Dimension der Thematik nicht unterschätzt werden.

Frau Fischer befürwortet ein Mainstreaming von Konfliktbearbeitung und Friedensförderung innerhalb der EZ im Sinne einer Forderung nach kritischer Selbstreflexion der in der EZ tätigen Akteure. Geplante Interventionen sollten dahingehend geprüft werden, ob sie bei den betroffenen Akteuren auf Akzeptanz stoßen oder nicht. Außerdem müssten sich die durchführenden Organisationen die Frage stellen, ob sie die adäquaten Akteure für die jeweilige Situation seien.

Kohärenz der Politik und deren Institutionalisierung

Die Frage nach der Kohärenz der deutschen Politik im Bereich der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung bzw. Friedensförderung und deren Institutionalisierung stellte den nächsten Diskussionspunkt dar.

Frau Unger ging auf die Kohärenz zwischen der Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Auswärtigen Amtes

(AA) ein. Die Kooperation der Ministerien sei u.a. durch gemeinsame Ressortbesprechungen, Abstimmungsverfahren bei ZFD-Projekten, dem gemeinsamen Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung und sonstigen gemeinsamen Besprechungen gewährleistet. Manchmal würde der Vorwurf geäußert, dass sich die Arbeit des ZFD und die von zivik überschneiden würden. Doch auch in diesen Bereichen finden Absprachen zwischen den Ministerien statt.

Herr Rast wies darauf hin, dass nicht nur die Kohärenz von staatlichen Akteuren wichtig sei. Er forderte ferner eine Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. Dabei stelle sich allerdings die Frage, inwieweit nichtstaatliche Akteure zu einer Absprache mit staatlichen Akteuren bereit seien.

Konfliktanalyse als vorgeschaltetes Instrument für die Projektdurchführung im Bereich Konfliktbearbeitung

Vom Publikum wurde bemerkt, dass zur erfolgreichen Durchführung von Projekten im Bereich der Konfliktbearbeitung im Vorfeld eine Konfliktanalyse durchzuführen sei. Es wurde die Frage gestellt, ob solche Analysen bei den Organisationen durchgeführt werden.

Wie Herr Schröder berichtete, wird beim WFD kein Projekt für den ZFD ohne vorherige Situationsanalyse beantragt. Diese beinhaltet auch die Untersuchung von Konfliktdynamiken. Unter anderem werden dazu mehrtägige Workshops und Diskussionen mit der Zielbevölkerung durchgeführt. Der Umfang solcher Situationsanalysen sei allerdings durch bestimmte Rahmenbedingungen begrenzt. Einerseits werde der Umfang von Studien zur Situationsanalysen durch den dafür vorgesehenen Etat eingeschränkt. Zum anderen werde häufig von den Antragsprüfern – im Fall des ZFD handelt es sich dabei um das BMZ und das AA – gefordert, die Berichte zu der Situationsanalyse möglichst kurz zu fassen. Der ZFD plant indes, zukünftig in diesem Bereich qualitativer vorzugehen, um vor dem Hintergrund begrenzter Mittel dennoch aussagekräftige Situationsanalysen gewährleisten zu können.

Bei der Frage, wie man von einer Analysestudie zu konkreten Projektanträgen kommt, werden bei zivik immer häufiger Forderungen nach der Durchführung von Machbarkeitsstudien vor der Projektbewilligung gestellt. Frau Unger betonte, dass in vielen Fällen auf bereits bestehende Situationsanalysen des spezifischen Kontextes zurück gegriffen werden könne. Die Forderung nach der Einrichtung eigener Analyseeinheiten oder -abteilungen in jeder Organisation hält Frau Unger jedoch für unangebracht.

Herr Rast sieht beim DED Nachholbedarf vor allem im Bereich der Konfliktursachenanalyse. Oft würden Konfliktanalysen auf makropolitische Ebene durchgeführt. Die daraus resultierenden Erkenntnisse würden dann direkt auf die Projektebene übertragen, wobei das Problem der Zuordnung – der sogenannten Zuordnungslücke – entstehe. Daher müsse man sich die Frage stellen, was Projekte zur Beseitigung solcher Problematiken tatsächlich beitragen können. Ferner müssten Analysen mehr auf

die Ausschöpfung von Potentialen der Friedensförderung als nur auf Konfliktvermeidung zielen.

Frau Fischer bestätigte, dass die Analyse von Konfliktursachen zweifelsfrei wichtig sei. Dabei müsse man sich aber der Komplexität der Thematik bewusst sein. Häufig seien Ursachen von Konflikten schwer zu isolieren, da sie von anderen Faktoren im Verlauf der Konfliktentwicklung überlagert würden. Unabdingbar sei bei einer Konfliktursachenanalyse die Einbeziehung von lokalen Kapazitäten.

Verknüpfung von „Mainstreaming Peace and Conflict“ und „Mainstreaming Gender“

Auf die Frage, ob innerhalb der Projekte zur Konfliktbearbeitung und Friedensförderung die Genderfrage als Querschnittsthema behandelt würde, äußerten sich die ReferentInnen einhellig, dass die Geschlechterrolle seit langem in den Projekten berücksichtigt würde. Herr Rast wies jedoch darauf hin, dass man die Erfahrung gemacht habe, dass nicht alle Mainstreaming-Themen (wie auch Aids, partizipative Methoden etc.) auf gleiche Weise gehandhabt werden können. Daher bedürfen verschiedene Querschnittsthemen verschiedener Mainstreaming-Strategien.

Frau Fischer betonte zunächst die Gefahr, welche die Behandlung der Frage nach geschlechterspezifischen Aspekten als Querschnittsthema generell berge. So garantiere die Berücksichtigung von Genderaspekten in Projekten nicht unbedingt, dass man der Genderfrage tatsächlich gerecht werde. Die Behandlung der Geschlechterrolle als Querschnittsthema in Projekten müsse heißen, dass die verschiedenen Bedürfnisse von Frauen und Männern zur Kenntnis genommen werden und dass man daraufhin entscheidet, was innerhalb der spezifischen lokalen soziokulturellen Strukturen tatsächlich im Rahmen des Projekts machbar ist.

Die Verknüpfung des Gender-Mainstreamings mit dem Mainstreaming von Konfliktbearbeitung und Friedensförderung kann sich nach Ansicht Frau Fischers in manchen Fällen als problematisch erweisen, weil nicht alle krisenpräventiven Interventionen zwangsläufig gleichzeitig den Zielen der „Genderförderung“ gerecht werden bzw. diesen in manchen Fällen sogar entgegenstehen können.

Abgrenzung der Bereiche politischer und sozialer Gewalt von Frieden fördernden Projekten

Einen weiteren Diskussionspunkt stellte die Frage dar, inwieweit die Zuständigkeiten von Akteuren, die im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung tätig sind, und solchen, die in der „klassischen“ EZ arbeiten, abzugrenzen seien.

Herr Schröder und Herr Rast wiesen darauf hin, dass der ZFD ein politisches Instrument sei, das auf gesamtgesellschaftlich strukturierte Konflikte eingehe, wohingegen sich die Tätigkeit der EZ auch mit Konflikten im Bereich der individuellen Sozialarbeit beschäftige. So könne die Trennlinie der Arbeitsbereiche von EZ und ZFD nicht entlang der Grenzen von politischer und sozialer Gewalt gezogen werden. Es gehe

vielmehr darum zu unterscheiden, ob es sich um Gewalt als gesellschaftliche Kollektiverfahrung bzw. um systematische Gewalt handele – was einen Arbeitsbereich des ZFD darstellt – oder aber eher um individuelle Problemfelder – Arbeitsbereich der EZ.

Auswirkungen des 11. September und der Kriege in Afghanistan und im Irak auf den ZFD

Im Folgenden wurde die Frage nach den Auswirkungen des 11. September auf die Arbeit des ZFD gestellt. Ferner wurden Zweifel geäußert, ob der ZFD als Instrument der deutschen Bundesregierung nach den Kriegen in Afghanistan und im Irak noch glaubwürdig vertreten werden könne.

Herr Rast sieht die Rolle des DED in der Terrorbekämpfung in der Förderung der Zusammenarbeit von Bevölkerungsgruppen, die unterschiedlich religiös geprägt sind. Er räumte ein, dass der DED wie auch andere Organisationen nur sehr begrenzt im arabischen Raum tätig seien und dass dies ein Defizit darstelle. Generell müsse beim Thema Terrorbekämpfung bedacht werden, dass nicht immer Armut die Ursache von Gewalt- und Terrorbereitschaft ist und somit Terrorbekämpfung neben der EZ anderer Akteure bedarf.

Vor dem Hintergrund der Politik der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Kriegen in Afghanistan und im Irak bestätigte Herr Rast, dass man sich tatsächlich die Frage stellen müsse, ob die Arbeit des ZFD noch glaubwürdig sei.

Herr Schröder stellte die Position des WFD in Bezug auf dessen Arbeit im Bereich des ZFD folgendermaßen dar: In den Partnerländern habe es der WFD vergleichsweise einfach. Gegenüber den Partnerorganisationen könne der WFD sein eigenes politisches Profil darstellen, da der WFD keine staatliche Organisation ist. Dabei bleibe die Position des WFD nur dadurch glaubwürdig, dass er diese Position auch innerhalb Deutschlands vertrete.

Qualifikation und Ausbildung von Friedensfachkräften

Die Frage nach Qualifikation und Ausbildung von Friedensfachkräften beantworteten die ReferentInnen folgendermaßen:

Herr Rast erläuterte, dass bei den Auswahlkriterien für Friedensfachkräfte beim DED weniger Fachkenntnisse, sondern vor allem soziale Kompetenzen im Vordergrund stünden. Die Geschlechterverteilung bei den ZFD-Fachkräften liege bei über 50 % Frauen. Er wies darauf hin, dass bei manchen Projekten auch explizit weibliche Fachkräfte von den Partnerländern angefordert würden, so z.B. bei Frauenprojekten.

Herr Schröder betonte bezüglich der Bedeutung von Sprachkenntnissen der Fachkräfte, dass es dabei auf die Arbeitsebene ankomme. Bei der unmittelbaren Arbeit mit der Zielgruppe seien Kenntnisse der lokalen Sprache unerlässlich, wobei in diesem Bereich in den meisten Fällen bevorzugt lokales Personal eingesetzt werde. Wenn die Arbeit sich auf das *capacity building* bei einheimischen Fachkräften be

schränke, sei die Beherrschung der Lingua franca des jeweiligen Landes hinreichend.

Ausbildungen zur Friedensfachkraft werden in Deutschland von verschiedenen Institutionen angeboten. Teilweise überschneiden sich die jeweiligen Ausbildungsinhalte, teilweise unterscheiden sie sich aber auch entsprechend der jeweiligen Mandate der Organisationen. Die DED-Auslandsvorbereitung für den Einsatz im ZFD umfasst folgende Punkte: Kommunikations- und Analysetechniken (Peace and Conflict Impact Assessment, Do No Harm-Ansatz), Coping Strategies (Vermeidung von Burn-Outs, Umgang mit traumatisierter Bevölkerung) und ein Security Awareness. Frau Unger stellte heraus, dass die vom ZIF angebotene Ausbildung weniger auf Projektarbeit ausgerichtet sei, sondern auf Fachkräfte ziele, die in multilateralen Organisationen wie bspw. der OSZE im Bereich der Konfliktbearbeitung tätig werden.

Die Frage aus dem Publikum, ob der DED auch die Ausbildung lokalen Personals durchführe oder fördere, verneinte Herr Rast. Die Problematik liege hierbei beim Mandat des DED, der die Ausbildung von Personal aus Partnerländern nicht umfasse. Dieser Bereich falle in den Zuständigkeitsbereich von InWent. Zurzeit sei allerdings ein Konzept zur Aufnahme dieses Arbeitsbereich beim DED in Arbeit.